

109-4/1043

MINISTERSTVO NÁRODNÍHO ARCHÍVU  
ARCHIVNÍ A STUŽIJNÍ SPRÁVA

Doslo 109-4/1043  
Číslo 10  
Prilohy 10

10 listů

28.4.2009 Junc

Krab. 55.

**ST S**

IV. H - 1 / 42.

IV. H - 3 / 42.

Prag, d. 13. Juli 1942.

*d*  
13. VII. 1942

1. Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

**K.H. mit 4 Anlage**

**Herrn Ministerialdirekten Fuchs**

wieder zugeleitet.

Der Herr Staatssekretär hat entschieden, daß die Bearbeitung der einschlägigen Angelegenheit bis zum Dienstantritt von Oberbürgermeister Mix zurückgestellt werden solle. Als zweckmäßige Regelung schwebt dem Herrn Staatssekretär eine Lösung auf der Grundlage vor, daß der interne Amtsverkehr im Bereich der Verwaltung der Hauptstadt Prag deutsch sei und daß das Publikum, soweit es sich der Verwaltung der Hauptstadt gegenüber der deutschen Sprache bediene, in deutscher Sprache anzufertigen wäre. Der Herr Staatssekretär hat diese Lösung mit SS-Standartenführer Böhme besprochen. Ich gebe hieron Kenntnis.

2. Z.d.A.  
*h*

*K.*

St.S. IV H 1-42

St.S. IV H - 1 b/42.

Prag, den 26. Juni 1942.

2

27. VI. 1942  
B.d.S. 4607/42

Der Reichsleiter für die Angelegenheiten  
27. VI. 1942  
847/42

An  
H-Standardenführer Böhme  
P r a g.  
-----

In Sachen Sprachengebrauei der Hauptstadt Prag leite  
ich Jhnen die Vorgänge dates des Reichsprotectors mit  
der Bitte zu, die von H-benführer Frank verfügte  
Rücksprache wahrzunehmen

H e i l i t l e r !

H-Oberstannführer.

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: -4. JULI 1942

Jüriade

Als Rücksprache für den Fall der  
dem W.T. aufgenommen.

Ergebnis 4/7

St. S. IV 48-16/42

St.S. IV B - 1 b/42.

Prag, den 26. Juni 1942.

20. VI. 42  
1) An  
H-Standartenführer Böhme,  
P r a g.  
-----

In Sachen Sprachengebrauch bei der Hauptstadt Prag leite ich Ihnen die Vorgänge desamtes des Reichsprotectors mit der Bitte zu, die von H-Gruppenführer Frank verfügte Rücksprache wahrzunehmen.

Heil i t l e r !

81100 ✓

H-Obersturmannführer.

2) Z.d.A.  
*Ma*

Der Oberlandrat

I 44.11

19. Januar 1942 <sup>4</sup>

Büro des Staatssekretärs  
beim Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren.  
Eing. 23. JAN. 1942

An  
den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren

in P r a g

Betrifft: Haushaltsplan der Hauptstadt Prag.

Bei meinem kürzlich -gemeinsam mit Präsident Schmid- erstatteten Vortrag beim Herrn Unterstaatssekretär wurden auch kurz die finanziellen Fragen der Stadt berührt. An Hand des mir vorliegenden Haushaltsplanes für 1942 erlaube ich mir, ergänzend noch folgendes vorzutragen:

1./ Schuldenstand der Hauptstadt Prag

Infolge einer ordentlichen Tilgung von 51 Millionen und einer ausserordentlichen Tilgung von 10 Millionen, zusammen 61 Millionen K konnte der Schuldenstand der Hauptstadt Prag im vergangenen Jahr auf 2,223 Milliarden Kronen heruntergedrückt werden. Eine beachtliche Entlastung des Schuldendienstes ist inzwischen durch die unter Ausnützung der derzeitigen Geldflüssigkeit erzielte Herabsetzung der Zinssätze, die bis zu 6 % betrug, erreicht worden. Der Normalzinssatz beträgt heute 4  $\frac{1}{2}$  %. Zur Herbeiführung einer weiteren Zinssenkung, sowie zur Stabilisierung der Schuldverpflichtungen der Gemeinde wurde bei den zuständigen Stellen um Genehmigung zur Ausgabe einer 4 %igen Konversionsanleihe in Höhe von 1 Milliarde K nachgesucht.

Im Haushaltsjahr 1942 sind weitere ausserordentliche Schuldentilgungen in Höhe von 215 Millionen K vorgesehen. Der Schuldenstand der Gemeinde erfährt im Jahre

St. G. 48-3/42

1942 eine tatsächliche Verminderung um 232 Millionen K und wird Ende des Jahres 1942 nur noch rund 2 Milliarden betragen. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet kommen somit 200 RM Schulden.

## 2./ Haushaltsplan 1941

Der ordentliche Haushaltsplan für 1941 sah an Einnahmen und Ausgaben den Betrag von rund 847 Millionen K vor. Durch den Nachtragsplan war für einen zusätzlichen Bedarf von 68,4 Millionen K Deckung zu schaffen. Der Nachtragshaushaltsplan wurde notwendig infolge der Erhöhung der Beamtgehälter und einer allgemeinen Erhöhung der Verwaltungskosten.

Im Bereich des ausserordentlichen Haushaltsplanes, der eine Ausgabeermächtigung von rund 274 Millionen K vorsah, konnte ein Grossteil der Projekte wegen der bekannten Verhältnisse am Arbeitsmarkt nicht ausgeführt werden. Der Gesamtbedarf des ausserordentlichen Haushalts hat sich auf 100 Millionen ermässigt.

Die Abschlussresultate des Wirtschaftsjahres 1941 liegen noch nicht vor; es ist jedoch mit einem -wenn auch nicht bedeutenden- Überschuss zu rechnen. Die Vermögensrechnung für 1941 ist ebenfalls noch nicht abgeschlossen; es darf jedoch bemerkt werden, dass an Liegenschaften veräussert wurden: für ca 2,8 Millionen K und Grundstücke erworben wurden für ca 25,5 Millionen K. Der Wertzuwachs der Gemeinde beträgt demnach mehr als 2 Millionen K.

Die Kassenlage war während des ganzen Wirtschaftsjahres flüssig; die Flüssigkeit ermöglichte die Ausweisung der aus Gemeindezuschlägen und Hauszinssteuerüberweisungen im Frühjahr gebildeten "stillen Reserven" aus den Kassenbeständen in Höhe von 120 Millionen K. Hievon wurden 100 Millionen zur ausserordentlichen Schuldentilgung verwendet und 20 Millionen K als Finanzausgleichsrücklage ausgewiesen. Die durch die Zinssenkungsaktion des deutschen Finanzkammerers erzielten Ersparnisse ergaben einen Betrag

von mehr als 15 Millionen K pro Jahr. Die Durchführung der Konversion wird weitere Ersparnisse in Höhe von über 3 Millionen K erbringen.

### 3./ Haushaltsplan für 1942

Der Gesamtbedarf wird ungefähr die Höhe des Jahres 1941 erreichen; starke Abstriche waren bei den Sachausgaben unvermeidlich, da in sämtlichen Plankapiteln die Personalaufwendungen um 10 - 25 % gestiegen sind. Erfreulicherweise konnten alle wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Erfordernisse in dem neuen Plan berücksichtigt werden. Bei dem Gesundheitswesen ist ein Ausbau der vorhandenen Einrichtungen vorgesehen. Bei den im Jahre 1941 in Angriff genommenen, aber nicht zu Ende geführten Massnahmen ist die Fortführung im Plane 1942 sichergestellt worden.

Die Gesamtausgaben im ordentlichen Haushaltsplan für 1942 betragen 1,152,639.546.-K

hievon werden benötigt:

a/ zur Abwicklung von Verbindlichkeiten aus dem Vorjahre		500.000.-K
b/ zu laufenden Ausgaben für:		
I. Zentralverwaltung	00730	153,459.703.-"
II. Gemeindevermögen		49,974.938.-"
III. Erwerbsunternehmungen		83,426.409.-"
IV. Gemeindezuschläge u. Abgaben		6,400.600.-"
V. Staatszuweisungen		25.000.-"
VI. Sicherheitsrichtungen		271.841.788.-"
VII. Gesundheitsangelegenheiten		62.229.769.-"
VIII. Verkehrswege		53.697.134.-"
IX. Stadtreinigung		68.736.865.-"
X. Soziale Fürsorge		120.564.401.-"
XI. Schulwesen, Kunst, Wissenschaft und Kultus		57.446.023.-"
XII. Schulden		179.336.916.-"
XIII. Sonstiges		45.000.000.-"
Summe		<u>1,152.139.546.-K</u>

7

Setzt man von den Gesamtausgaben den Betrag für die ausserordentlichen Luftschutzmassnahmen ab, die nach dem Reichsluftschutzgesetz von der Stadt auszuführen sind, für die jedoch das Reich mit einem Betrag von 198.445.000.-K die Kostentragung übernommen hat, so zeigt sich, dass der Plan 1942 nur 39,480.000.-K Mehrausgaben gegenüber 1941 ausweist, obwohl bei einzelnen Aufgabengebieten zwangsläufig beachtliche Steigerungen eingetreten sind. Mehrausgaben gegenüber 1941 entstehen z.B.:

beim Personalaufwand	rd	58.000.000.-K
Im Jahre 1941 wurden hierfür benötigt.		358.000.000.-"

Für 1942 mussten insgesamt vorgesehen werden.		416.000.000.-K
---	--	----------------

Beim Gesundheitswesen betragen die Mehrausgaben		2,000.000.-K
---	--	--------------

Zur Deckung dieser Ausgaben stehen an ordentlichen Einnahmen zur Verfügung:

a/ vom Vorjahre		4,000.000.-K
-----------------	--	--------------

b/ Laufende Einnahmen:

I. Zentralverwaltung		19.568.858.-"
II. Gemeindevermögen		101.246.154.-"
III. Erwerbsunternehmungen		103.772.820.-"
IV. Gemeindezuschläge u. Abgaben	08730	187,199.000.-"
V. Staatszuweisungen		84.384.441.-"
VI. Sicherheitseinrichtungen		201,168.500.-"
VII. Gesundheitsangelegenheiten		40,481.300.-"
VIII. Verkehrswege		7,759.400.-"
IX. Stadtreinigung und Verkehr		19,464,000.-"
X. Soziale Fürsorge		15,391.799.-"
XI. Schulwesen, Kunst, Wissenschaft und Kultus		2,111.790.-"
XII. Schulden		87,121.291.-"
XIII. Sonstiges		--.-"

Summe b	869,669.353.-"
insgesamt	873,669.353.-"

Uebertrag 873,669.353.-K

ferner:

Staatsbeitrag an die Stadt als Sitz-  
gemeinde für Landesbehörden 3,500.000.-K

zusammen 877,169.535.-K.

Der Abmangel von 275,72 Millionen K wird durch Gemeindegzuschläge aufgebracht. An Steuern wurden erhöht:

a/ die Hundeabgabe, indem die Abgabe für den 1. Hund auf 400.-  
" " 2. " " 500.-  
" " 3. " " 600.-

festgesetzt wurde. Der Ertrag der Hundeabgaben wird sich dadurch von 3 Millionen auf 7 Millionen K erhöhen.

b/ die Gemeindegzuschläge von 300 auf 350 %. Angesichts der Steigerung der Ausgaben -insbesondere der Personalausgaben- war diese Erhöhung trotz sparsamster und sorgsamster Wirtschaftsführung unvermeidlich. Die Erhöhung war auch vertretbar, da keine andere Stadt Böhmens im letzten Jahr einen Zuschlagsatz unter 350 % hatte. Der Mehrertrag berechnet sich auf

98,682.-K bei der Grundsteuer  
14,947.670.-" bei der allgemeinen Erwerbsteuer  
13,996.506.-" bei der besonderen Erwerbsteuer  
905,589.-" bei der Rentensteuer  
2,006.459.-" bei der Besoldungssteuer von höheren  
Dienstbezügen

Summe 31,955.459.-K.

c/ Bei der Hauszinssteuer ist eine Erhöhung des Gemeindegzuschlages der 70 % beträgt, nicht vorgesehen. Es wird jedoch mit einem Mehrbetrag von 12,350.000.- Hauszinssteuer und 8,650.000.-K Gemeindegzuschlag, zusammen 21,000.000.-K gerechnet.

Interessant ist, dass bei der schmalen Finanzdecke der Stadt Prag nach Abzug des Schuldendienstes und der Personalausgaben nur noch 1/3 für die Erfüllung sämtlicher übrigen Aufgaben zur Verfügung stehen. Eine weitere Ausweitung der Steuerquellen nach dem Kriege ist unerlässlich. Reichsdeutsche Kommunen in der Grösse von Prag haben

4 - 5 mal so hohe Einnahmen als Prag.

4./ Im ausserordentlichen Haushaltsplan für 1942 sind Vorhaben mit einem Gesamtbedarf von 238.000.000.-K vorgesehen. Mehra als 70 % der vorliegenden Anträge müssen ausser Betracht bleiben, da eine Möglichkeit der Ausführung während des Krieges nicht gegeben ist. An grösseren Vorhaben sind zu erwähnen:

a/ Neubauten von Gemeindegeldhäusern mit ca	23,000.000.-K
b/ Ankauf von Liegenschaften mit	70.000.000.-"
c/ Investitionen beim Wasserwerk	23,000.000.-"
d/ Bau einer Schlachthalle aus Gründen der Gesundheitspolizei	3,500.000.-"
e/ Aufwendungen für die Feuerwehr ca	9,000.000.-"
f/ Aufwendungen f.d.Krankenhaus Bulowka	14,000.000.-"
g/ Neubau von Kanälen und Kläranlagen	28,000.000.-"
h/ Neubau einer Tierleichenverwertungsanstalt	3,000.000.-"
i/ Entfernung der Janatschekbrücke	2,500.000.-"
k/ Herstellung von Strassen	15,000.000.-"
l/ Beratungsstelle für Mutter und Kind	2,000.000.-"
m/ Bau einer Familienhäuserkolonie bei Ninonitz	6,000.000.-"

Die Finanzierung dieser Projekte soll nur in Höhe von 59,375.000.-K durch neue Schuld aufnehmen erfolgen u.zw. mit 23,215.000.- K für die Neubauten von Gemeindegeldhäusern u. mit 35,300.000.- K beim Erwerb von rentierenden Grundstücken.

Der Rest der Massnahmen wird zum überwiegenden Teil aus früheren Anleihenmitteln, die noch nicht vollkommen ausgeschöpft sind und in geringerem Umfange aus Fondsmitteln gedeckt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Vermögens- und Finanzlage der Stadt Prag gesund ist, d.h. ausreicht, um die im Kriege notwendigen und durchführbaren Aufgaben zu erfüllen. Die Einnahmen der Stadt sind jedoch so gering und der Schuldenstand ist im Vergleich hiezu so hoch, dass nach dem Kriege sofort an eine Aenderung des Steuersystems herangegangen werden muss. Die Stadt wäre sonst nicht

in der Lage, ihre im deutschen Interesse gelegenen notwendigen Einrichtungen zu schaffen. Es sollte schon jetzt die Einführung des deutschen Gemeinde-Steuerrechtes vorbereitet werden.

gez. Frhr. von Watter

Herrn Oberregierungsrat Dr. G i e s

in P r a g

zur gefälligen Kenntnis und mit der Bitte, den Herrn Staatssekretär gelegentlich zu orientieren.

68780

*Frhr. von Watter*